

3. Für Führer, Volk und Vaterstadt? Nationalsozialistische Strukturpolitik

Gab es im Dritten Reich überhaupt eine eigenständige Stadtentwicklungspolitik? Horst Matzerath hat dies kategorisch abgestritten.⁴⁸⁰ Militarisierung und Mobilisierung der Gesellschaft im permanenten Ausnahmezustand hätten dies von vornherein unmöglich gemacht. Die Handlungsspielräume für eigenständige Planung und kommunale Profilierung, so sein im Großen und Ganzen immer wieder bestätigtes Ergebnis, seien beständig von den polykratischen NS-Herrschaftsinstanzen beschnitten und schließlich nahezu vollständig aufgesogen worden: Ohne kommunale Selbstverwaltung kein Raum für eine eigenständige Stadtentwicklung.

Wer die Gemeinde als dienende Zelle des Staates auffasste, musste die Frage ebenfalls verneinen. Die ideologisch prästabilisierte Interessenharmonie der „Volksgemeinschaft“ ließ sie gänzlich überflüssig erscheinen. Folglich hätte eine ausschließlich an kommunalen Interessen orientierte Strukturpolitik jedem NS-Oberbürgermeister vollkommen abwegig erscheinen müssen. In beträchtlichen Bereichen konnten sie auch in den Bahnen weiterarbeiten, die in der Weimarer Republik angelegt worden waren, ohne in einen Konflikt zwischen Reichs- und Stadtinteressen zu geraten. Selbstverständlich hörte während der zwölfjährigen NS-Herrschaft kommunale Entwicklungspolitik nicht einfach auf. So investierten die Stadtwerke unter der Regie von Könitzer viel Zeit, Geld und Arbeit in eine leistungsstarke kommunale Gas-, Strom- und Wasserversorgung sowie in den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Dank Könitzers vorausschauender Politik konnte die Stadt es sich leisten, die Tarife für Gas und Strom im Vergleich zu 1928 nahezu zu halbieren und machte dabei noch Gewinne. Zwischen 1928 und 1943 wuchs die Zahl der von den Verkehrsbetrieben beförderten Personen von 22 auf 56 Millionen pro Jahr.⁴⁸¹ Diese Erfolge hatten ihren Ursprung in einem Konzept, das Könitzer in verantwortlicher Position seit Anfang der Zwanzigerjahre verfolgte, dessen Früchte jedoch ganz der nationalsozialistischen Stadtverwaltung zugute kamen.⁴⁸²

Doch gerade die Kommunalpraktiker bekamen je länger je schmerzhafter die Interessengegensätze zwischen Stadt und Reich zu spüren. Diese Konflikte waren real, und daraus ergaben sich Entscheidungszwänge für Mayr und seine Kollegen. Diese Situation war jedoch nicht grundsätzlich neu. Die Spannung zwischen lokaler und überregionaler bzw. nationaler Politik nahm im Dritten Reich lediglich ein spezifisches Gepräge an. Für das 19. Jahrhundert gilt trotz der schwächer ausgeprägten Staatlichkeit ebenfalls, dass die Gemeinden nicht tun und lassen konnten, was sie wollten. Sie sahen sich vielmehr einer Tendenz zu mehr staatlicher Erfassung, Kontrolle und Normierung gegenüber.⁴⁸³ Der Staat nutzte die Gemeinden,

⁴⁸⁰ Matzerath, Nationalsozialistische Kommunalpolitik, S. 22.

⁴⁸¹ StdAA, Niederschriften über die Sitzungen des Gesamtstadtrates 1944, Sitzung vom 8. 8. 1944, Rede Mayrs zur Verabschiedung von Leonhard Könitzer.

⁴⁸² Vgl. mit weiteren Beispielen Gotto, Stabilisierung, S. 37–42.

⁴⁸³ Eibach, Verfassungsgeschichte als Verwaltungsgeschichte, S. 150.

um Ressourcen zu sparen, zugleich ließ er jedoch deren Organisations- und Personalhoheit unangetastet.⁴⁸⁴

Darin liegt ein bedeutender gradueller Unterschied zur NS-Zeit. Sowohl die Organisations- als auch die Personalhoheit unterlagen im polykratischen Führerstaat gewichtigen Einschränkungen, die sich zumeist nicht in direkten Interventionen des Staates, sondern in der Beachtung informeller Spielregeln manifestierten. Dazu gehörte beispielsweise das Einverständnis des Gauleiters bei wichtigen Personalentscheidungen, auch wenn er formal kein Mitspracherecht besaß. Analog dazu stand es der Stadt frei, die Organisationsform für Stadtentwicklungsprojekte zu wählen. Praktisch versprachen jedoch nur solche Lösungen Erfolg, die die Interessen politisch potenter Partner berücksichtigten, auf die die Kommune angewiesen war. Konkret schlug sich dies darin nieder, dass die entsprechenden Stellen oder Personen in Beiräten, Arbeitsausschüssen usw. vertreten waren. Prinzipiell gab es diese Formen der Interessenvertretung auch schon früher. Doch während sie zuvor verschiedenen Organisationen und Gruppierungen der Gesellschaft Einfluss gesichert hatten, monopolisierte die NS-Herrschaft durch die Gleichschaltung alle diese Möglichkeiten. Deshalb barg die administrative Normalität bei scheinbarer Kontinuität ein immenses Transformationspotenzial. Nicht die Formen der äußeren Einflüsse auf das Verwaltungshandeln wandelten sich. Aber sie transportierten nach 1933 immer wieder dieselben Inhalte, die von der nationalsozialistischen Weltanschauung vorgegeben wurden. Auf diese Weise verstärkte sich der Druck signifikant, die Stadt „im nationalsozialistischen Sinne“ zu verwalten. Administrative Normalität war daher das Gegenstück zur Bereitschaft, „dem Führer entgegenzuarbeiten.“

Traditionelle Strukturpolitik, braun eingefärbt

Die Deutsche Gemeindeordnung verpflichtete die Gemeindepolitik auf die Ziele der Staatsführung.⁴⁸⁵ Die wenigsten Oberbürgermeister der größeren Städte dürften das als Zumutung empfunden haben. Für Mayr war es selbstverständlich, bei allen Anstrengungen zur Förderung der schwäbischen Gauhauptstadt den Nutzen des Reiches stets mit zu bedenken.⁴⁸⁶ Umgekehrt schafften es zahlreiche Stadtoberhäupter, nicht selten mit nachhaltiger Unterstützung der um das Wohl der Region bemühten Gauleiter, Interessenpolitik im Sinne ihrer Stadt zu betreiben und sie nach außen als Förderung nationalsozialistischer Ziele erscheinen zu lassen. Vor allem Kulturförderung und Industrieansiedlungen eigneten sich besonders gut für derartige Verquickungen, wie unter anderem für Gelsenkirchen, Bayreuth, Trier und Hamburg belegt ist.⁴⁸⁷ Für Augsburg trifft dies etwa im Falle

⁴⁸⁴ Die Entwicklung zusammenfassend s. Ellwein, Staat, S. 24–26.

⁴⁸⁵ § 106 DGO, in: Engeli/Haus (Bearb.), Quellen, S. 696.

⁴⁸⁶ Vgl. oben S. 101.

⁴⁸⁷ Vgl. z. B. Heinz-Jürgen Priamus, Regionale Aspekte in der Politik des nordwestfälischen Gauleiters Alfred Meyer, in: Möller/Wirsching/Ziegler (Hg.), Nationalsozialismus in der Region, S. 175–195, hier S. 193; Christoph Schmidt, Gelsenkirchener Kulturverwaltung im „Dritten Reich“. Gestaltungsspielräume und Grenzen kommunaler Selbstverwaltung, in: Mecking/Wirsching (Hg.), Stadtverwaltung im Nationalsozialismus, S. 107–138, hier

des Gesundheitsamtes⁴⁸⁸ und der Reichsautobahn zu. So stellte Mayr heraus, dass die Stadt selbstlos große Flächen hergegeben hatte, um das prestigeträchtige „Werk des Führers“ zu unterstützen.⁴⁸⁹ Hinter den Kulissen ließ er jedoch eifrig Lobbyarbeit betreiben, um Augsburg zu einem Knotenpunkt im neuen Fernstraßennetz zu machen.⁴⁹⁰ Dies gelang für die Strecke Stuttgart – München, während die Nord-Süd-Verbindung von Berlin nach München nicht über Augsburg, sondern über Ingolstadt geführt wurde.⁴⁹¹

Zumindest propagandistisch musste jedes größere Projekt in einen Bezugsrahmen eingebettet werden, der die ideologischen Ziele des Nationalsozialismus in den Mittelpunkt stellte. Zweifellos war dies für Mayr nicht nur ein taktisches Anliegen, etwa um mögliche Fördergelder zu erhalten.⁴⁹² Wo immer es möglich war, verfolgte er kommunale und nationale Ziele zugleich. Ein Beispiel dafür ist der 1937 eröffnete Zoo. Weil Augsburg nicht mit München, Stuttgart und Nürnberg konkurrieren konnte, aber dennoch seiner Stellung als Großstadt Nachdruck verleihen wollte, legte sich die Stadtverwaltung für ihren neuen Zoo ein zeitgemäßes Etikett zu. Mayr pries ihn als „deutsche[n] Tierhag“ und „erste[n] deutsche[n] Tiergarten überhaupt.“⁴⁹³ In ihm sollten den Augsburgern vor allem „heimische Tiere aus heutiger, geschichtlicher und vorgeschichtlicher Zeit“ vorgeführt werden. Geplant war außerdem ein idealisierter Nachbau eines altschwäbischen Bauernhofs, der wegen des Krieges jedoch nicht ausgeführt wurde. Daran sollten die Augsburger lernen, wie ihre Vorfahren lebten und welche „deutschen Haustiere“ sie hielten.⁴⁹⁴ Ein ebenfalls nicht realisiertes Naturkundemuseum, Schauäcker mit alten Feldfrüchten sowie ein „deutscher Pflanzgarten“ dienten allesamt dem Ziel, das nationalsozialistisch gefärbte Bild der rassistisch gedeuteten Vergangenheit volkserzieherisch zu verbreiten. Dies reichte bis hin zu der abstrusen Behauptung, die Germanen hätten die Weichen für alle spätere Kultur gestellt, indem sie das

S. 137f.; Zenz, Trier, S. 300–303; mit eher dokumentarischem als analytischem Charakter Helmut W. Schaller, *Der Gau Bayerische Ostmark/Gau Bayreuth – Anspruch und Wirklichkeit 1933–1945*, in: *Archiv für die Geschichte von Oberfranken* 81 (2001), S. 415–480, hier S. 434–444; besonders instruktiv und eindrucksvoll: Roth, Firma Hamburg.

⁴⁸⁸ S. oben S. 201 u. 203.

⁴⁸⁹ Mayr (Hg.), *Fünf Jahre Aufbau*, Bd. 1, S. 209.

⁴⁹⁰ Bereits 1933 nahm die Stadt deswegen Fühlung mit Todt auf; *StdAA* 45/592, Sametschek an Stoeckle, 2. 10. 1933. Nach der Auflösung der Gezuvor wurde die Einflussnahme allerdings schwieriger, wie Sametschek bedauerte; *StdAA* 45/613, Auszug aus den Verhandlungen und Besprechungen in Berlin am 18./19. 1. 1935. Vgl. auch die Verhandlungen in *StdAA* 45/593 über die Strecke München – Augsburg – Ulm.

⁴⁹¹ Vgl. den Bericht in *StdAA*, Niederschriften über die Sitzungen des Gesamstadtrates 1939, Sitzung vom 20. 12. 1939, Beilage 19.

⁴⁹² Vgl. seine Argumentation, um Gelder für die Altstadtsanierung zu erhalten (oben S. 226).

⁴⁹³ Mayr (Hg.), *Fünf Jahre Aufbau*, Bd. 1, S. 121.

⁴⁹⁴ *StdAA* NL Förg, Broschüre „Der Augsburger Tiergarten und seine Ausgestaltung zum deutschen Naturkundepark“, hg. vom Oberbürgermeister der Gauhauptstadt Augsburg, Augsburg o.D. [1940], v.a. S. 7, 16f. u. 24f. Bearbeitet wurde die mit zahlreichen Abbildungen versehene Broschüre von Ludwig Wegele. Wegen dieses „schwäbischen Bezugs“ erhielt der Zoo Zuschüsse vom Bezirksverband Schwaben; Thomas Wich, *Der Kreistag von Schwaben und Neuburg 1919–1938 und der Bezirksverband Schwaben 1938–1954*, Augsburg 1983, S. 81.

edelste Haustier domestizierten, nämlich das Pferd.⁴⁹⁵ Die gesamte Anlage fand großen Anklang bei Ministerpräsident Ludwig Siebert.⁴⁹⁶ Es handelte sich nicht einfach um einen Zoo, sondern um die Vorspiegelung angeblich historischer Wurzeln des naturverbundenen germanischen Menschen in einer als deutsch apostrophierten Flora und Fauna.

Bis Ende 1937 stieß der Augsburger Oberbürgermeister eine Reihe von Initiativen an, die sich ungeachtet ihrer nationalsozialistischen Propagierung als klassische Strukturpolitik beschreiben lassen. Sowohl nach innen wie nach außen forcierte die Stadtverwaltung die Werbung für Augsburg. Am 20. September 1935 gründete Mayr in der Mitgliederversammlung des Verkehrsvereins den „Augsburger Stadtverband“. Angeregt hatte diese Einrichtung der umtriebige Leiter des im selben Jahr errichteten Verkehrs- und Werbeamtes, Dr. Ludwig Wegele.⁴⁹⁷ Er wollte damit vor allem das bis dahin fehlende „größtstädtische Gemeinschaftsgefühl“ ins Leben rufen, Propaganda bei der eigenen Bevölkerung betreiben und um Spenden für größere Bauvorhaben werben, so z.B. für ein großes Sportstadion, eine Trabrennbahn und ein Großkino.⁴⁹⁸ Die Broschüre, die über Sinn und Zweck des Stadtverbandes informierte, appellierte an den Bürgerstolz. Sie berief sich auf die Geschichte und die großen Söhne der Stadt, stellte den Bewohnern jedoch ein schlechtes Zeugnis aus. Sie seien kleinmütig, griesgrämig, humorlos, ungesellig, voll von Minderwertigkeitskomplexen wegen der erdrückenden Nähe zur Landeshauptstadt – kolportiert wurde das Brecht-Bonmot, das Schönste an Augsburg sei der D-Zug nach München –, ihnen fehle der Stolz auf ihre Stammeszugehörigkeit und ihre Heimatstadt. All dies müsse sich ändern, forderte der Aufruf „Alles für Augsburg!“, der auf seiner letzten Seite ganz bewusst eine Analogie zu den Schlagworten „Alles für den Führer! Alles für Deutschland!“ herstellte. In militä-

⁴⁹⁵ „Der Augsburger Tiergarten und seine Ausgestaltung zum deutschen Naturkundepark“ (wie Anm. 494), S. 17f.

⁴⁹⁶ Vgl. den Bericht der *Augsburger National-Zeitung* v. 16. 7. 1941 über den Besuch Sieberts im Tiergarten, wobei auch Förg, Wegele und Wahl anwesend waren. Für den Gauleiter allerdings war eine gute Presse für Wegele angeblich ein „Brechmittel“; StAA Ska Augsburg-Stadt II u. IV, W-920, Eidesstattliche Erklärung des ehemaligen Lokalschriftleiters der *Neuen Augsburger Zeitung* Max Hohenerter, Dezember 1945. Mayr sprach von einem informellen „Presseverbot“; ebd., Eidesstattliche Erklärung Josef Mayr, 5. 4. 1948.

⁴⁹⁷ Wegele (19. 7. 1901–30. 6. 1975) war seit 1929 Kustos am naturwissenschaftlichen Museum in Augsburg und bis 1936 Redakteur der Zeitschrift „Schwabenland“. Ab 1932 amtierte er zusätzlich als Geschäftsführer des Verkehrsvereins. 1937 übernahm er außerdem die Leitung des neu eröffneten Zoos. Ab 1939 nahm er leitende Funktionen im Wirtschaftsamt wahr, kurz vor Kriegsende machte ihn Mayr zum Leiter des Quartieramts. Hinsichtlich seiner Parteimitgliedschaft war er ein unauffälliger „Märzgefallener“, angeblich verschaffte er sich die Gunst Mayrs, Kellners sowie einzelner Ratsherren, indem er ihnen während des Krieges Fleisch und Pelze aus dem Zoo zukommen ließ. Vgl. dazu Wegeles Erklärung ebd., Wegele an die Spruchkammer Augsburg (Hauptkammer), 10. 4. 1949. Von 1952 bis 1972 vertrat er die FDP im Stadtrat und amtierte zwischen 1952 und 1966 als Dritter Bürgermeister. Zahlreiche Auszeichnungen (Goldener Ring der Stadt Augsburg, Bayerischer Verdienstorden, 1970 das Große Verdienstkreuz) und eine nach ihm benannte Straße ehrten ihn. Sein Personalakt ist nicht aufzufinden.

⁴⁹⁸ StdAA 34/287, Denkschrift des Verkehrs- und Werbeamtes über die Gründung eines Verbandes „Groß-Augsburg“, 29. 5. 1935.

rischer Diktion blies die Broschüre zur „Mobilmachung“. Alle in Augsburg schlummernden Kräfte sollten geweckt, in einem „Großangriff“ konzentriert und zum „Endsieg“ über die Mängel und Schwächen geführt werden. Die Parole, die der Stadtverband den Bewohnern der Gauhauptstadt immer wieder einzuhämmern gedachte, lautete: „Sei stolz, dass Du ein Augsburger bist!“⁴⁹⁹

Dieser Sprachduktus war nicht nur ein Zugeständnis an den nationalsozialistisch gefärbten Zeitgeschmack. Mayr ordnete die Fremdenverkehrswerbung, um die es im Kern ja ging, in einen größeren Kontext ein. Zwar stellte er das wirtschaftliche Interesse der Stadt keineswegs in Abrede. Vor den 500 Gästen der Eröffnungsveranstaltung des Stadtverbandes erklärte er den Fremdenverkehr in erster Linie zu einer nationalen Pflichtaufgabe. Zum einen hob er dessen Bedeutung für die Beschaffung von Devisen hervor, darüber hinaus verwies er auf dessen „unschätzbare[n] moralische[n] Wert“. Der Fremdenverkehr führe nach innen die deutschen Stämme zueinander, nach außen Sorge er für ein günstiges Erscheinungsbild des nationalsozialistischen Staates.⁵⁰⁰

Die konkreten Aktivitäten des Stadtverbandes erwiesen sich jedoch schon bald als Strohfeuer. In Verbindung mit dem Stadtarchiv gab der Verband ab April 1937 eine Zeitschrift mit dem Namen „Alt-Augsburg“ heraus. Sie wurde kostenlos an die Mitglieder abgegeben und sollte monatlich erscheinen. Da der Stadtverband es jedoch versäumt hatte, die Genehmigung der Reichspressekammer dafür einzuholen, kam die Zeitschrift über ihre ersten drei Nummern nicht hinaus.⁵⁰¹ Genauso blieb eine weitere Initiative in den Anfängen stecken, die ursprünglich als eine alljährliche Institution vorgesehen war. Es handelte sich um den „Tag der Augsburger“, zu dem die Stadt am 26. Juli 1936 alle einlud, die in Augsburg geboren, dort zur Schule gegangen oder stationiert gewesen waren oder sich sonst in irgendeiner Weise der „schönen Schwabenstadt am Lech“⁵⁰² verbunden fühlten. Die Resonanz der extra angeschriebenen Prominenten hielt sich in Grenzen.

Obwohl die großspurig angekündeten Aktionen keine nennenswerten Spuren hinterließen, trug dem Oberbürgermeister das offensichtliche Bemühen für Augsburg Lob von unerwarteter Seite ein. Die Exilberichte der Sozialdemokratischen Partei konzedierten im Februar 1938, er habe „etwas aus der Stadt gemacht“⁵⁰³. Allerdings stieß seine Möglichkeiten an Grenzen, die den Gemeinden vor allem die restriktive Finanzpolitik des Reiches setzte. Daher hierarchisierte Mayr 1937 die kommenden Aufgaben der Stadt in vier Gruppen: „1. Nachholung von Versäumnissen; 2. Folgerungen aus der bisherigen Entwicklung im Wiederaufbau des Gemeinwesens; 3. Aufgaben, die sich aus der Verwirklichung nationalsozialisti-

⁴⁹⁹ Ebd., Broschüre „Alles für Augsburg“, Augsburg o.d. [1935].

⁵⁰⁰ Ebd., Niederschrift über die ordentliche Mitgliederversammlung des Verkehrsvereins Augsburg, 20. 9. 1935, S. 8f.

⁵⁰¹ StdAA 44/61, Reichsverband der deutschen Zeitschriftenverleger an den Stadtrat Augsburg, 14. 7. 1937 [Abschrift]; Vormerkung Kleindinst, 8. 9. 1937. Dort befindet sich auch ein Exemplar der ersten Nummer von „Alt-Augsburg“.

⁵⁰² StdAA 34/288, Faltblatt „Augsburg ruft zum Tag der Augsburger“, hg. vom Städtischen Verkehrs- und Werbeamt Augsburg, Augsburg o.D. [1936]. Vgl. zum Ablauf den Bericht der *Neuen National-Zeitung* vom 6. 5. 1936.

⁵⁰³ Sopade 1938, S. 147.

scher Grundsätze in der Gemeinde ergeben; 4. Aufgaben, die der deutschen Wehrhaftmachung dienstbar sind.“ Den beiden zuletzt genannten Feldern räumte Mayr die oberste Priorität ein. Diese Aufgaben hatte die Stadt „im Zuge der großen Politik des Reiches auf alle Fälle durchzuführen“⁵⁰⁴. Erst kam das Reich, dann die Stadt.

Nationalsozialistische Strukturpolitik in der Gauhauptstadt

Ihren Wendepunkt erreichte die Augsburger Strukturpolitik unter der NS-Herrschaft mit der Entscheidung für das Gauforum. Das Mammutprojekt eröffnete der Stadt phantastisch anmutende Möglichkeiten und Perspektiven und führte sie zugleich in neuartige Abhängigkeiten. Während das Großkino im Rahmen des Stadtverbandes kaum Aussicht auf Verwirklichung gehabt hätte, erschien seine Realisierung nunmehr nur noch eine Frage der Zeit. Ungeachtet der Tatsache, dass die Planungen von überzogenen, ja illusionären Voraussetzungen ausgingen, reichte allein das Argument der Förderung durch Hitler aus, um ansonsten unüberwindliche Hindernisse zu meistern, wie am Beispiel des Wohnungsbaus gezeigt wurde. Der Wink mit dem Gauforum verfehlte seine Anziehungskraft auch auf Spitzenvertreter der Wirtschaft keinesfalls. Schon länger hatte Mayr mit dem Gedanken geliebäugelt, Augsburg zur „Stadt des deutschen Handels“ zu machen. Wie er ausdrücklich betonte, ging es ihm nicht um einen schmückenden Beinamen, um mit Stuttgart, Nürnberg und München gleichzuziehen. Vielmehr wollte er die Organisation des deutschen Handels nach Augsburg holen und ihr fester Tagungsort werden.⁵⁰⁵ Anknüpfungspunkte dafür bot die Tradition der Fuggerstadt schon vorher reichlich, aber erst jetzt ließ sich der Leiter der Reichsgruppe Handel Franz Hayler zu einer Zusage für Augsburg bewegen.⁵⁰⁶

Dass der politische Wille Hitlers und weiterer Spitzenfunktionäre aus Partei und Reichsverwaltung alle Regeln finanzieller Vernunft außer Kraft setzen und zugleich ein handfestes Argument für nüchtern kalkulierte Standortentscheidungen sein konnte, kennzeichnet die irrationalen Rahmenbedingungen nationalsozialistischer Strukturpolitik. Den Vorteilen, die Augsburg aus dem Gauforum ziehen konnte, standen indessen auch erhebliche Nachteile gegenüber. So banden die Vorarbeiten für den Ausbau Augsburgs personelle und planerische Kapazitäten, die ursprünglich in andere Kanäle hätten geleitet werden sollen. Bevor Hitler den Befehl zur Umgestaltung der Stadt gab, hatte die Stadtverwaltung unter anderem eine neue Schule für die Bärenkellersiedlung, einen Neubau für das Singeschulseminar sowie die Erweiterung des Krankenhauses geplant.⁵⁰⁷ Einen ersten Teilabschnitt dieser Erweiterung nahm die Stadtverwaltung Mitte 1936 in Angriff;

⁵⁰⁴ StdAA NL Förg, Denkschrift über die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Stadt Augsburg, 1. 3. 1937, S. 55.

⁵⁰⁵ StdAA, Niederschriften über die Sitzungen des Gesamtstadtrats 1939, Sitzung vom 3. 3. 1939.

⁵⁰⁶ Tatsächlich fand am 7. Mai 1939 eine Handelstagung in Augsburg statt. Wie bei so vielen aus Sicht der Stadtverwaltung viel versprechenden Projekten verhinderte der Krieg auch in diesem Fall weitere Schritte in diese Richtung.

⁵⁰⁷ Vgl. die Liste von 14 größeren Bauprojekten vom 16. 1. 1936 in StdAA 34/625.

ein Jahr später stand der Rohbau. Beim Richtfest sprach Förg sogar von einer „allgemeinen großzügigen Ausgestaltung der Augsburger Krankenhausanstalten“⁵⁰⁸. Ende 1937 plante die Stadtverwaltung einen noch umfangreicheren Ausbau zu einem Gaukrankenhaus.⁵⁰⁹ Derartige Verbesserungen der Infrastruktur, die zwar einen hohen Nutz-, jedoch kaum größeren Prestigewert besaßen, fielen dem Gauforum zum Opfer. Zwar versuchte Mayr zunächst, parallel zu den Großbauten auch das Kranken- und die Schulprojekte weiterzuerfolgen, doch noch bevor die begrenzten Kapazitäten seines Planungsamtes dies nicht mehr zuließen, intervenierte Hitler direkt. Ende Mai 1938 ließ er Mayr ausrichten, Augsburg bearbeite noch viel zu viele andere Projekte. Er solle sich auf das Wesentliche konzentrieren und alles andere zurückstellen.⁵¹⁰ Schließlich musste die Stadt das Krankenhausprojekt wegen der Überlastung des gesamten Baureferats durch die Umgestaltungspläne für Augsburg erst drastisch reduzieren und schließlich ganz einstellen.⁵¹¹

Nicht nur aus Sicht der Stadtverwaltung notwendige und wünschenswerte Infrastrukturprojekte mussten hintangestellt werden. Selbst gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben litten unter der Überbeanspruchung der Bauverwaltung infolge der Gaubauten. Zwar vermehrte die Stadt das Personal des Stadtplanungsamtes zwischen Ende 1937 und Ende 1940 von sieben auf zwölf. Aber damit konnte noch nicht einmal die Mehrarbeit kompensiert werden, die die Wiederbelebung der Bauwirtschaft und die wirtschaftliche Erholung nach der Weltwirtschaftskrise mit sich brachten. Zwischen 1932 und 1938 versechsfachte sich der Arbeitsanfall.⁵¹² Obwohl der Leiter des Stadtplanungsamtes Josef Weidenbacher ausdrücklich mit den Aufgaben aus den Großbaumaßnahmen argumentierte, stattete ihn das Personalamt nicht mit den dringend benötigten Leuten aus. Dies lag nicht an mangelnder Einsicht oder Knauserigkeit, vielmehr konnte die Stadt auf dem Arbeitsmarkt schlicht kein qualifiziertes technisches Personal mehr bekommen, da sich in der Rüstungsindustrie ungleich bessere Bedingungen boten.⁵¹³ Die

⁵⁰⁸ *Völkischer Beobachter*, 7. 7. 1937.

⁵⁰⁹ StdAA 34/625, Bericht Freybergers über die Erweiterung des Hauptkrankenhauses, 7. 12. 1937; vgl. auch *Völkischer Beobachter*, 28. 12. 1937.

⁵¹⁰ StdAA 45/1276, Mayr an Sametschek, 30. 5. 1938. Fricks Einschätzung von 1941, dass angesichts der enormen Bauaufgaben nach dem Krieg die Gauforen zurückstehen müssten, erscheint angesichts dieser Prioritäten illusionär (BA R 1501/1528, Frick an Lammers, 23. 7. 1941).

⁵¹¹ StdAA 34/625, Förg an Wahl [RegPräs], 2. 8. 1939 u. 23. 1. 1940.

⁵¹² StdAA 45/167, Weidenbacher an Sametschek, 14. 12. 1937.

⁵¹³ Ebd., Sametschek an Personalreferat, 20. 12. 1940. Ende 1938 ergriff Frick deswegen die Initiative, um die Tarifbestimmungen für das technische Gemeindepersonal zu lockern, doch sein Vorstoß führte zu keiner Verbesserung der Lage; BA R 43 II/574a, Frick an Lammers [Abschrift], 15. 12. 1938. Vgl. zur personellen Auszehrung der kommunalen Bauverwaltungen Roland Schlenker, Vom Personalmangel zur Zwangsarbeit. Aufgabenstellung und Beschäftigungssituation rheinisch-westfälischer Kommunen 1936–1945, in: Mecking/Wirsching (Hg.), Stadtverwaltung im Nationalsozialismus, S. 181–214, hier S. 184–190; zur Situation der Angestellten allgemein Michael Prinz, Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen. Die Entwicklung des sozialen Status der Angestellten von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit, München 1986, S. 174–186; ders., Der un-

wenigen Beamten und Angestellten konzentrierten sich auf die Gaubauten und ließen ihre Kernaufgaben liegen. Dazu gehörte vor allem die Ausarbeitung der der Grundstücks- und Baupolitik zugrunde liegenden Baulinienpläne. Infolgedessen waren auch die dringend notwendigen Wohngebiete zwar bezeichnet, aber nicht baureif gemacht. Gleiches galt für die Erschließung der Gewerbe- und Industriegebiete. Der Wirtschaftsplan, der nach dem Gesetz über die Aufschließung von Wohngebieten vom 22. September 1933 zwingend vorgeschrieben war, konnte bis zum Kriegsende nicht fertig gestellt werden.⁵¹⁴ Ende 1940 schlug Weidenbacher Alarm und konstatierte eine „fühlbare[n] Stockung“ in der baulichen Entwicklung der gesamten Stadt: „Es fehlt überall an anbaufähigen Strassen mit Kanälen und notwendigen Leitungen, sodass für die im Interesse der Grossbaumassnahmen zu errichtenden Ersatzwohnungen keine ausreichenden Bauplätze zur Verfügung stehen.“⁵¹⁵

Es wäre allerdings falsch zu glauben, das Gauprojekt hätte andere kommunale Entwicklungen nur stranguliert. Nicht nur im Falle des Wohnungsbaus wirkte es wie ein Katalysator, sondern auch auf einem anderen Feld, das Mayr sehr am Herzen lag, nämlich der geplanten Eingemeindung von zahlreichen Randgemeinden der Gauhauptstadt. Bereits Anfang 1935 hatte Mayr vorsichtig die ersten Fühler ausgestreckt. Vertraulich zog er Erkundigungen ein, ob trotz der entgegenstehenden Rechtslage Aussicht bestehe, „eine Eingemeindung, nötigenfalls auch gegen den Willen der Beteiligten, bei Vorliegen eines dringenden öffentlichen Bedürfnisses durch ein Machtwort der Gauleitung oder der Staatsaufsichtsbehörde durchzusetzen“⁵¹⁶. Es handelte sich um zum Teil bereits eng mit der Stadt verwachsene Ortsteile, zum Teil auch um kilometerweit abgelegene Gebiete. Die Eingemeindung hätte Augsburg einen Zuwachs von 4785 ha Fläche und knapp 20000 Einwohnern beschert, d. h. es wäre die Heimat von über 205000 Menschen geworden.⁵¹⁷ Bis 1936 hatte Mayr Wahl soweit gebracht, dass der Gauleiter seine grundsätzliche Zustimmung zur Aufnahme der Verhandlungen gab. Doch noch immer behandelte der Oberbürgermeister das Thema möglichst diskret. Gegenüber den Ratsherren unterstrich er, dass die Verhandlungen „in aller Stille fern von allen

erwünschte Stand. Lage und Status der Angestellten im „Dritten Reich“, in: HZ 242 (1986), S. 327–359, hier v.a. S. 336 f.

⁵¹⁴ StdAA 42/307, Otto Hett [AL Kanalbauamt] an Kellner, 29. 5. 1942. Der größte Teil Augsburgs war mit Wirkung vom 1. November 1937 zum Wohnsiedlungsgebiet erklärt worden. Der Wirtschaftsplan regelte in den Grundzügen die Nutzung des Bodens, insbesondere im Hinblick auf Land- und Forstwirtschaft, Industrie, Verkehr, Bebauung, Luftschutz, Erholung und den Schutz des Heimatbilds. Alle Rechtsvorgänge im Grundstücksverkehr wurden der Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörde unterworfen, z. B. Grundstücksteilungen, Auflassungen und Vereinbarungen wie Kauf, Tausch, Schenkung, Verpachtung oder Vererbung. Vgl. dazu *Amtsblatt der Stadt Augsburg 1937*, S. 368.

⁵¹⁵ StdAA 45/167, Weidenbacher an Sametschek, 12. 12. 1940.

⁵¹⁶ StdAA 42/111, Mayr an DGT, Landesdienststelle Bayern, 8. 1. 1935. Um der Geheimhaltung willen ließ Mayr die Referenten Informationen zu Versorgungseinrichtungen, Steueraufkommen, Grundbesitz etc. der betroffenen Gemeinden sogar unter Umgehung des regulären Aktenumlaufs einholen; ebd., Mayr an Abt. V, VII, VIII, IX, X, XI und Stadtkämmerei, 1. 2. 1935.

⁵¹⁷ StdAA 49/93, Herkommer an Mayr, 6. 7. 1939.

öffentlichen Diskussionen oder gar Presseveröffentlichungen⁵¹⁸ geführt würden. Hinter der Geheimniskrämerei dürfte vor allem die nahe liegende Befürchtung gestanden haben, Unruhe und Unmut in den betroffenen Gemeinden zu erregen, denn die örtlichen Steuersätze Augsburgs lagen zum Teil erheblich höher als dort. Außerdem standen der Erweiterung des Großstadtgebietes ideologische und emotionale Vorbehalte im Wege, denen Mayr keinen Vorschub leisten wollte.⁵¹⁹

Es stand also nicht gerade zum Besten, als die Großbaumaßnahmen wie ein unverhoffter Rückenwind Bewegung in die Angelegenheit brachten. Bereits in die befürwortende Stellungnahme der Regierung von Schwaben, wo der Antrag der Stadt seit Ende September 1936 lag, floss dieses Argument ein.⁵²⁰ Vor allem sorgte es bei Gauleiter Wahl für ein Ende seiner bis dahin eher abwartenden Haltung. In der entscheidenden Besprechung sprach er gegenüber den allesamt ablehnenden Ortsbürgermeistern das Machtwort, das sich Mayr schon Jahre zuvor gewünscht hatte. Wahl ignorierte sogar die vorsichtigen Einwände des erst seit wenigen Monaten amtierenden Kreisleiters von Augsburg-Land, Hermann Boch, und lehnte alle Bitten, diese oder jene Gemeinde auszunehmen, ab: „Es dreht sich darum: will man eine grosse Lösung oder nur eine halbe vornehmen. Der Führer hat für die bauliche Gestaltung der Stadt eine grossartige Lösung gefunden. Nun müssen wir eine ebenso grosse Lösung in den Eingemeindungsfragen treffen. Es ist die [von der Stadt Augsburg; B.G.] vorgeschlagene Lösung.“⁵²¹ Plötzlich spielten auch die Bedenken der Betroffenen keine Rolle mehr. Mit unverhohlener Geringschätzung wischte der Gauleiter die Ablehnung der Bevölkerung vom Tisch. Er wies dabei auf das Gauforumsprojekt hin, das von der Bevölkerung ebenfalls nicht akzeptiert worden war – für Wahl ein Beweis dafür, dass die Bevölkerung schlichtweg zu dumm war, um ihr Glück zu begreifen: „Das mit der Volksstimmung ist eine problematische Angelegenheit. Das Volk hat schon alles mögliche gesagt.“⁵²²

Die kurze Friedensperiode des Dritten Reiches reichte nicht dafür aus, dass der Antrag den Instanzenweg durchlief. Zwar nahm er die in der DGO aufgerichtete Hürde, dass der Reichsstatthalter sein Einverständnis geben musste, und auch das RMI hatte bereits Zustimmung signalisiert.⁵²³ Aber dann begann sechs Wochen vor dem Termin, den Wahl als Vorlagedatum für die Schlussverhandlungen gestellt hatte, der Krieg. Eingemeindungswünsche fielen bereits der ersten Welle der

⁵¹⁸ Ebd., Mayr an die Ratsherren, 20. 9. 1936.

⁵¹⁹ Differenziert und abwägend dazu Bergmann, Agrarromantik und Großstadtfeindlichkeit, S. 354–360. In der 56 Seiten starken Denkschrift, die Steinhauser als Begründung für den Antrag Augsburgs auf Eingemeindung erstellte, bemühte sich die Stadt darum nach Kräften, den Verdacht zu zerstreuen, es gehe ihr nur ums Prestige oder ein rein quantitatives Wachstum; StdAA 42/111, Denkschrift über die Eingliederung der Gemeinden Haunstetten, Göggingen, Leitershofen, Deuringen, Stadtbergen, Steppach, Westheim, Neusäß und Teilen der Gemeinden Gersthofen und Friedberg in den Stadtkreis Augsburg, Mai 1938, v.a. S. 1f.

⁵²⁰ StdAA 49/93, Schwaab an BayStMI, 20. 12. 1938.

⁵²¹ Ebd., Niederschrift über eine Besprechung wegen der Eingliederung von Vorortsgemeinden in den Stadtkreis Augsburg, 4. 4. 1939.

⁵²² Ebd. Vgl. auch die abschätzigen Bemerkungen Wahls oben S. 241.

⁵²³ BayHStA Epp 308, Hans Georg Hofmann [Staatssekretär Epps] an Frick, 24. 4. 1939; Pfundtner an Epp, 27. 5. 1939.

Verwaltungsvereinfachung zum Opfer und wurden am 30. August 1939 per Erlass untersagt. Die Versuche der Stadt, eine Ausnahmegenehmigung zu erhalten, scheiterten.⁵²⁴ Lediglich Stuttgart konnte eine Eingemeindung noch während des Krieges durchsetzen.⁵²⁵ Es spricht jedoch alles dafür, dass die Augsburger Stadtverwaltung ihr Ziel erreicht hätte, wenn sie einige Monate länger Zeit gehabt hätte – formell sollten die Eingemeindungen zum 1. April 1940 vollzogen werden. Noch im Februar 1944 rechnete Mayr damit, dass die Eingemeindungen in der Nachkriegszeit vollzogen werden würden.⁵²⁶ Außer von Wahl kam Rückendeckung vom Standortältesten der Augsburger Garnison, der keine Zersplitterung der Zuständigkeiten wegen der auf diverse Gemeinden verteilten militärischen Anlagen wünschte.⁵²⁷ Ähnliche Unterstützung und die Argumentation mit dem Luftschutz hatte 1936 den Kasseler Eingemeindungswünschen zum Durchbruch verholfen.⁵²⁸

Dass die Stadtverwaltung überhaupt begehrliche Blicke auf die umgebenden Ortschaften richtete, lag nicht zuletzt an Zugeständnissen an einen der wichtigsten Fürsprecher der Erweiterung, die Wehrmacht. Deren nach der Wiedereinführung der Wehrpflicht neu angelegter Truppenübungsplatz verbaute der Stadt jede Ausdehnungsmöglichkeit nach Westen.⁵²⁹ Das ausgedehnte Gelände war Bestandteil der enormen Aufrüstung, deren Auswirkungen sich auch in Augsburg niederschlugen. Seit 1934 vergrößerte sich die Garnison ständig. Die schwäbische Gauhauptstadt wurde zum Heimatstandort der 27. Infanteriedivision und beherbergte deren gesamten Stab. Zwei Artillerieregimenter, ein Panzerjägerregiment und mehrere Luftnachrichten- und Flugabwehreinheiten der Luftwaffe kamen dazu.⁵³⁰ Zwischen 1934 und 1939 wurden insgesamt sechs Kasernenanlagen neu errichtet; eine weitere Kaserne und ein Divisionsstabsgebäude waren zwar geplant, konnten jedoch nicht ausgeführt werden.⁵³¹ Dabei bewies die Stadt großes

⁵²⁴ StdAA 49/93, Kellner an RegSchw, 16. 5. 1940. Obwohl der Reichsstatthalter grundsätzlich keine Bedenken erhob, ließ sich das RMI nicht darauf ein, weil dann alle anderen Gemeinden ebenso gut auf eine Weiterbehandlung dringen könnten; BayHStA Epp 308, RStH an RMI, 31. 8. 1940; Schattenfroh (RMI) an Epp, 1. 10. 1940. Vgl. auch die Überlieferung in BA R 1501/1303.

⁵²⁵ Ausschlaggebend für diesen Erfolg war nicht zuletzt, dass Strölin mit Stuckart persönlich hatte reden können. Außerdem konnte der Oberbürgermeister Reichsstatthalter Murr für seine Wünsche gewinnen und argumentierte mit kriegswirtschaftlichen Notwendigkeiten. Das RMI bestand darauf, dass von den Eingemeindungen kein Aufhebens gemacht wurde, um keinen Präzedenzfall zu schaffen; Müller, Stuttgart, S. 369–371.

⁵²⁶ BA R 1501/3398, Überblick über die besonderen Verhältnisse der Gauhauptstadt Augsburg, 10. 2. 1944.

⁵²⁷ Dies hob Steinhauser ausdrücklich hervor (wie Anm. 519, S. 52).

⁵²⁸ Wilhelm Frenz, Nationalsozialistische Kommunalpolitik am Beispiel Kassel, in: Ders./Kammler/Krause-Vilmar (Hg.), Volksgemeinschaft und Volksfeinde, S. 96–103, hier S. 101–103; Poulain/Ungericht, Stadtplanung, S. 139–141.

⁵²⁹ Wie Anm. 519, S. 7.

⁵³⁰ Militärische Konversionsflächen im Augsburger Westen. Bau und Nutzung der Sheridan-, Reese und Flak-Kaserne und der Militärwohnsiedlungen in Augsburg im 20. Jahrhundert, bearb. von der Geschichtswerkstatt Augsburg e.V., Bd. 1, ungedr. Manuskript Augsburg 2001, S. 36 f. [Exemplar der Amtsbücherei des Stadtarchivs Augsburg].

⁵³¹ Ebd., S. 53.

Entgegenkommen. Zwischen 1933 und 1938 stellte sie aus eigenem Grundbesitz rund 125 ha Boden zur Verfügung, 92 davon für den Truppenübungsplatz bei Deuringen. Insgesamt verschlangen die militärischen Liegenschaften rund 580 ha, die jeweils von der Stadt für die Wehrmacht erworben wurden.⁵³² 1937 bezifferte Mayr alle Aufwendungen für Zinsverluste, Kaufpreismäßigungen für den Geländeerwerb, Zahlungsrückstände der Wehrmacht, Verlegung der Versorgungsleitungen, Pachtzahlungen an das Land Bayern für den Truppenübungsplatz, Straßenbau-, Kanalbau- und Wasserleistungskosten auf rund 857 000 RM.⁵³³

Sicherlich überstiegen diese Kosten den direkten wirtschaftlichen Nutzen, den die Stadt aus „ihren“ Truppenteilen ziehen konnte. Dennoch sprach die Stadtverwaltung von einer „absoluten Bereicherung“, die Augsburg zur Konsolidierung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse dringend benötige. Dabei verschärfte die Vergrößerung der Garnison die ohnehin brennende Wohnungsnot noch zusätzlich. Zum einen lag dies am Zuzug von Offizieren, Beamten und sonstigen Wehrmachtsangehörigen, zum anderen daran, dass bis dato als Wohngebäude genutzte Heeresbauten wieder für ihre ursprünglichen Zwecke freigemacht werden mussten. Solche Zwänge führten auch in Kassel und Schwerin zu größten Schwierigkeiten.⁵³⁴ Steinhauser bezifferte den durch die Wehrmacht verursachten Mehrbedarf auf 300–350 Wohnungen.⁵³⁵ Doch dies stand hinter dem Stolz zurück, mit dem die Stadtverwaltung auf die in Augsburg stationierten Soldaten schaute.⁵³⁶ Sicherlich verband sich für Mayr, selbst ein Soldat mit Leib und Seele, der Gedanke an den Prestigegewinn für die Stadt mit dem Pflichtgefühl, die nationale Aufgabe der „Wiederwehrhaftmachung“ nach Kräften zu unterstützen. Aber eine starke Truppenpräsenz bedeutete unter den Bedingungen des NS-Staates auch einen veritablen Standortvorteil. Daher unterhielt die Stadt auch im eigenen Interesse ausgesprochen gute Beziehung zu ihren militärischen Verbänden. Sie waren Teil des militärisch-industriellen Komplexes, der den Wirtschaftsaufschwung Augsburgs erheblich unterstützte und der Stadt im auf Krieg ausgerichteten Staat Hitlers diverse Vorteile und Entwicklungschancen bot.⁵³⁷

⁵³² Mayr (Hg.), Fünf Jahre Aufbau, Bd. 1, S. 99 (dort in der älteren bayerischen Flächeneinheit Tagwerk angegeben).

⁵³³ StdAA 42/12, Mayr an RegSchw, 18. 11. 1937. Vgl. auch den Kostenüberschlag des Liegenschafts- und Vermessungsamts für die Straßenbauten und Entwässerungsarbeiten bei den Heeresbauten vom 5. 10. 1939; ebd.

⁵³⁴ Frenz, NS-Wirtschaftspolitik, S. 277. In Schwerin mussten einige Familien wegen der kurzen Räumungsfristen, die die Luftwaffe ihnen gesetzt hatte, in erst halb fertig gestellte Ersatzwohnungen umziehen; Kasten, Wohnungsbau und Stadtplanung, S. 49.

⁵³⁵ StdAA NL Förg, Denkschrift über das Augsburger Wohnungswesen nach dem Stand vom Mai 1938, S. 18.

⁵³⁶ Vgl. die Fotos in Mayr (Hg.), Fünf Jahre Augsburg, Bd. 2, S. 26–30.

⁵³⁷ Für Weimar ist dieser Zusammenhang ebenfalls untersucht, ohne jedoch die Rolle der Stadtverwaltung zu beleuchten. Vgl. Karina Loos, Planen und Bauen im Nationalsozialismus. Ein Überblick zu Weimar; Rüdiger Stutz, „Der Kulturstadt einen neuen Lebensstrom einzuflößen“. Fritz Sauckel und die Gustloff-Werke in Weimar, beide in: Justus H. Ulbricht (Hg.), Klassikerstadt und Nationalsozialismus. Kultur und Politik in Weimar 1933 bis 1945, Weimar 2002, S. 128–144, hier S. 139–141 u. S. 64–76. Vgl. für Thüringen insgesamt die hervorragende Studie von Jürgen John, Rüstungswirtschaftlicher Struktur-

Die tragende Säule dieses Komplexes war die Firma Messerschmitt. An den Beziehungen zu diesem immer machtvolleren Konzern lassen sich die Entwicklungschancen einer unter nationalsozialistischen Auspizien betriebenen Strukturpolitik ablesen – und auch der Preis, den die Stadt dafür zu entrichten hatte. Solange die Bayerischen Flugzeugwerke noch ein kleines Unternehmen waren, bewegten sich die Aktivitäten der Stadtverwaltung noch im Rahmen herkömmlicher Wirtschaftsförderung. Dies bedeutete zunächst finanzielle Hilfe, um das Werk nach dem Konkurs 1931 zu sanieren. 1933/34 ließ die Stadt im Rahmen der Arbeitsbeschaffung den Flugplatz planieren, nahm dafür im Rahmen des Reinhardt-Programms Darlehen auf und konnte auf diese Weise zahlreiche Wohlfahrtserwerbslose wieder in ein Beschäftigungsverhältnis bringen.⁵³⁸ Zu dieser Zeit herrschte ein besonders guter Draht zwischen dem Werk und der Stadtführung, denn Stoeckle und der Aufsichtsratsvorsitzende der BFW und hoher SA-Funktionär Theo Croneiß⁵³⁹ waren Duzfreunde. Stoeckle wurde im Mai 1934 in den Aufsichtsrat berufen und schickte Mayr sogleich nach Berlin, um für die BFW Kredite an Land zu ziehen.⁵⁴⁰ Tatsächlich konnte die Stadt wenige Monate später als Kreditgeber über 300 000 RM auftreten, die zur Erstellung einer Montagehalle verwendet wurden.⁵⁴¹ Auch nachdem Mayr Stoeckle abgelöst hatte, blieben die gegenseitigen Beziehungen ausgezeichnet. Nicht umsonst zählte Croneiß im März 1937 Mayr unter das „kleine[s] Häuflein tapferer Helfer“, das dem Werk auch nach dem Zusammenbruch 1931 die Stange gehalten habe.⁵⁴²

Die Erfolge der Messerschmitt-Flugzeuge, die guten Beziehungen zu namhaften NS-Größen, vor allem jedoch die massiven Investitionen des Reiches in die Lufrüstung ließen die BFW einen ungeheuren Aufschwung nehmen. Zwischen 1934 und 1938 versechzehnfachte sich der Umsatz des Augsburgs Werkes von 2,6 auf 41,9 Mill. RM.⁵⁴³ In diesem Jahr erhielt die Firma den Namen ihres Chefkonstruktors und wurde als „nationalsozialistischer Musterbetrieb“ ausgezeichnet. Die Stadt förderte diese Entwicklung nach Kräften. So richtete sie 1936 „gemäß einer Anregung des Reichsluftfahrtministeriums“ in ihrer Berufsschule eine eigene Abteilung zur Ausbildung von Ingenieuren für den Bau von Flugzeugen und Kraftfahrzeugen ein.⁵⁴⁴ Als einzige Einrichtung dieser Art in Bayern schärfte

wandel und nationalsozialistische Regionalpolitik, in: Heiden/Mai (Hg.), Thüringen, S. 214–245.

⁵³⁸ StdAA 34/328, Mayr an BFW, 15. 11. 1934.

⁵³⁹ Croneiß, bis zu deren Liquidierung 1934 Direktor der Nordbayerischen bzw. Deutschen Verkehrsflug-AG, war ein Mann der SA. Für den Fall einer „Zweiten Revolution“ hatte ihn Röhm als Luftfahrtminister vorgesehen. Dass er den Aufsichtsratsvorsitz der BFW übernahm, kam einer Abschiebung gleich und signalisierte den Sieg Görings über einen seiner gefährlichsten innerparteilichen Konkurrenten; Lutz Budraß, Flugzeugindustrie und Lufrüstung in Deutschland 1918–1945, Düsseldorf 1998, S. 329 u. 335. Zu Croneiß s. Armand van Ishoven, Messerschmitt, München 1978, S. 133 f. u. 140 f.

⁵⁴⁰ StdAA 34/329, Stoeckle an Croneiß, 26. 5. 1934.

⁵⁴¹ StdAA 34/328, Vertrag zwischen der Stadtgemeinde Augsburg und BFW in Augsburg, 16. 2. 1935.

⁵⁴² Ishoven, Messerschmitt, S. 135.

⁵⁴³ Budraß, Flugzeugindustrie, S. 382.

⁵⁴⁴ Mayr (Hg.), Fünf Jahre Aufbau, Bd. 1, S. 158. Im Schuljahr 1938/39 wurden 18 von 63

sie das Profil der Stadt als Hochtechnologiestandort und sicherte den Facharbeiternachwuchs für die Messerschmittwerke. Doch in der zweiten Hälfte der Dreißigerjahre begann deren Expansion die Stadt zu belasten. Der Zuzug von mehreren tausend Arbeitern drückte auf den ohnehin gespannten Wohnungsmarkt. Die Werkwohnungen am Hochfeld bedeuteten einen glänzenden Erfolg, waren aber angesichts der massiven Neueinstellungen kaum mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.⁵⁴⁵ Die Bautätigkeit der Firma für deren eigene Zwecke schränkte die Möglichkeiten der Stadt hingegen ein. Während im Süden der Stadt eine Fertigungshalle nach der anderen gebaut wurde, wurde der Stadt selbst nach dieser Richtung jede Ausdehnungsmöglichkeit genommen. Ähnliche Probleme bereitete der mächtige Daimler-Benz-Konzern der Stadt Stuttgart.⁵⁴⁶

Auch im Luftfahrtwesen selbst verwandelte sich der Nutzen, den Augsburg aus der Ansiedlung eines Flugzeugunternehmens gewonnen hatte, allmählich in eine Belastung. Obwohl der Werksflughafen eigentlich der Stadt gehörte, stand er für deren Interessen kaum mehr zur Verfügung, denn immer striktere Auflagen ließen private oder kommerzielle Flieger davor zurückschrecken, Augsburg anzufliegen. Ab Ende 1938 verhandelte die Stadt deswegen mit Messerschmitt. Am liebsten hätte sie den alten Flughafen entweder an das Werk selbst oder an das Reich verkauft und einen neuen angelegt, dazu kam es jedoch nicht.⁵⁴⁷ Die Planungen für ein Gebiet nördlich von Augsburg waren schon weit gediehen, wurden im Krieg aber schließlich zurückgestellt, weil keine Aussicht auf eine baldige Verwirklichung bestand und das Baureferat durch die Kriegsaufgaben alle Hände voll zu tun hatte.⁵⁴⁸ Nur durch die Messerschmitt AG bzw. ihre Vorläufer bekam Augsburg überhaupt Anschluss an das Luftliniennetz, die Expansion des Konzerns machte jedoch die zivile Nutzung praktisch zunichte.

Die bestehende Infrastruktur stand ebenfalls unter zunehmender Belastung. Zwänge und Entwicklungschancen durch den militärisch-industriellen Komplex waren eng verflochten. Die Stadt bemühte sich, sowohl den Wünschen der Rüstungsindustrie und der Wehrmacht entgegenzukommen, als auch deren Einfluss für die eigenen Belange zu nutzen. Die meisten Arbeiter nahmen die Straßenbahn, um zu den gut sechs Kilometer vom Stadtzentrum entfernt gelegenen Fertigungsanlagen von Messerschmitt zu gelangen. Zwischen 1938 und 1940 wurde die betreffende Straßenbahnlinie zweigleisig ausgebaut, außerdem wurden Gleisschleifen angelegt, um den Wagenpark intensiver ausnützen zu können. Dennoch blie-

Berufsschulklassen im Bereich der Messerschmitt AG ausgebildet, ein Jahr später waren es 24 von 72 oder rund 1700 Schüler. Sein Vorgesetzter Zwisler rühmte den Direktor der Berufsschule wegen seiner hervorragenden Zusammenarbeit mit den Messerschmittwerken; StdAA P 16/1194, Zwisler an Personalreferat, 12. 3. 1939.

⁵⁴⁵ StdAA NL Förg, Denkschrift über das Augsburger Wohnungswesen nach dem Stand vom Mai 1938, S. 17.

⁵⁴⁶ Im Streit um eine Werkserweiterung, die der Stadt ihre einzige größere Freifläche beschneiden sollte, erreichten beide Seiten nur mühsam einen Kompromiss. Auf der anderen Seite kooperierte die Stadt mit dem Konzern, um im Krieg ein Heizkraftwerk zu bauen; Müller, Stuttgart, S. 383–385.

⁵⁴⁷ Vgl. StdAA 34/340, Mayr an RMLu, 4. 1. 1939; RMLu an Mayr, 28. 2. 1939; Meyer und Kokothaki (Vorstandsmitglieder Messerschmitt) an Mayr, 31. 3. 1939

⁵⁴⁸ Ebd., Sametschek an Hauptaktenverwaltung, 13. 8. 1941.

ben die Wagen ständig überfüllt, sodass die Stadt zusätzlich Omnibusse anschaffte.⁵⁴⁹ Schließlich vereinbarten beide Seiten sogar eine gestaffelte Arbeitszeit, wofür neben den Transportschwierigkeiten allerdings auch der Facharbeitermangel verantwortlich gewesen sein dürfte.⁵⁵⁰ Ohne die Lobbyarbeit der vom RMLu gehätschelten Rüstungsfirma hätte die Stadt niemals an den Ausbau der Straßenbahn denken können. Messerschmitt verschaffte der Stadtverwaltung dafür beim RMLu einen Zuschuss von 100 000 RM und unterstützte sie auch bei der Eisenbeschaffung.⁵⁵¹ Ähnlich setzte die Stadtverwaltung den Hebel an, um ihr Wasserleitungsnetz zu modernisieren. Wenn bei großer Beanspruchung der Wasserdruck sank, bekamen dies die zum Teil außerhalb gelegenen Kasernen als erste zu spüren. Die Modernisierung der Wasserversorgung wurde daher als kriegswichtig anerkannt. Nur so konnte Sametschek den bereits seit Jahren geplanten Hochbehälter errichten und die Hauptdruckrohrstränge ausbauen.⁵⁵² Diese unter den Kriegsverhältnissen tatsächlich herausragende Leistung hob Mayr bei seiner Dankesrede anlässlich der Verabschiedung des Stadtbaurats ausdrücklich hervor.⁵⁵³

Spätestens nach Kriegsausbruch bereiteten die Ansprüche sowohl der Wehrmacht als auch der Messerschmitt AG der Stadt mehr Arbeit und Ungemach, als sie daraus Vorteile zu ziehen vermochte. Rakan Kokothaki, nach dem Tod von Croneiß im Jahre 1942 neuer Betriebsführer des Augsburgs Werks, versicherte zwar, die Beziehungen „in der besonders herzlichen und freundschaftlichen Form weiterzuführen bzw., wenn möglich, sogar noch zu vertiefen. Meine Absicht ist es, in meiner derzeitigen Stellung Ihnen und der Stadtverwaltung in jeder Weise behilflich zu sein, die zum Wohl der Stadt führt.“⁵⁵⁴ Doch ungeachtet solcher freundlicher Worte sah es in der Regel genau umgekehrt aus. Die Stadtverwaltung setzte ihr zu Gebote stehende Zwangsmittel ein, um dem übermächtigen Konzern behilflich zu sein, etwa wenn es darum ging, Unterkunftsmöglichkeiten für immer neue Arbeitskräfte zu finden.⁵⁵⁵ Derartigen Bitten des gerade hinsichtlich der Zuweisung von Arbeitern besonders privilegierten⁵⁵⁶ Rüstungsbetriebs konnte sich die Stadtverwaltung kaum entziehen. Ähnlich sah es aus, wenn die Augsburgs Garnison mit Wünschen und Forderungen an die Stadt herantrat. Ihre zahlreichen

⁵⁴⁹ StdAA, Niederschriften über die Sitzungen des Gesamtstadtrates 1939, Sitzung vom 18. 7. 1939, Beilagen 4 und 5.

⁵⁵⁰ StdAA 42/267, Niederschrift über Schlussbesprechung zwischen den Stadtwerken Augsburg und der 35. Prüfungskommission des Landesarbeitsamtes München über das Ergebnis der Prüfung der Stadtwerke, 9. 11. 1940; Fear, Rüstungsindustrie, S. 208.

⁵⁵¹ StdAA 34/329, Niederschrift über die 2. Aufsichtsratssitzung der Messerschmitt A.G., 19. 12. 1938.

⁵⁵² StdAA, Niederschriften über die Sitzungen des Gesamtstadtrates 1940, Sitzung vom 16. 2. 1940; StdAA 49/226, Sametschek an Mayr, 18. 12. 1941 u. 14. 12. 1942.

⁵⁵³ StdAA P 12/3608, Rede Mayrs zur Verabschiedung von Stadtbaurat Sametschek, 7. 7. 1944.

⁵⁵⁴ StdAA 49/354, Kokothaki an Kellner, 24. 12. 1942.

⁵⁵⁵ Um 2000 Arbeiter der Messerschmittwerke unterzubringen, stellte die Stadt übergangsweise per Reichsleistungsgesetz beschlagnahmte Räume zur Verfügung, die als Ersatzaufgangstellen vorgesehen waren; StdAA 42/30, Vormerkung Friedrich Laueremann, 6. 1. u. 9. 1. 1943.

⁵⁵⁶ Fear, Rüstungsindustrie, S. 205.

Dienststellen wälzten viele zeitraubende und unangenehme Verhandlungen und Auseinandersetzungen von sich ab, indem sie die Stadtverwaltung vorschickte, um nach dem Reichsleistungsgesetz Wohnraum für ihre Zwecke beschlagnahmen zu lassen.⁵⁵⁷ Nach dem Luftangriff vom 25. und 26. Februar 1944 wurden die Stadtwerke sogar strikt angewiesen, alle ihre Kräfte zunächst auf die Versorgung der Messerschmittwerke anzusetzen. Die Bedürfnisse der Bevölkerung hatten dagegen rücksichtslos zurückzutreten.⁵⁵⁸

Während der NS-Herrschaft spielte kommunale Strukturpolitik durchaus eine Rolle. Nicht nur hinsichtlich ihrer Rahmenbedingungen trug sie spezifische Züge, auch ihre Ausrichtung und Zielsetzung wurden von den ideologischen Grundüberzeugungen der maßgeblichen Akteure geprägt. Dazu gehörte, dass die Gemeinde nur als kleinste „Zelle des Staates“ eine Existenzberechtigung besaß. Darum förderte die nationalsozialistische Stadtverwaltung Augsburgs zuerst die Ziele des „Führers“, dann des „Volkes“ und erst zuletzt genuine Anliegen der „Vaterstadt“. Dies war die Bedingung, unter der überhaupt noch größere Projekte für die kommunale Entwicklung angestoßen und realisiert werden konnten. Weder Mayr noch Kellner oder einem ihrer Kollegen wäre es in den Sinn gekommen, bei ihren Überlegungen zum Wohle der Stadt nicht auch den Nutzen des NS-Staates zu bedenken. Deshalb kann man ebenso wie beim Wirtschaftssystem von einer nationalsozialistischen Strukturpolitik eigener Qualität sprechen.⁵⁵⁹ Ihr hervorstechendstes Merkmal war die Politisierung, die generell die Chancen für eine Kommune, ihre Infrastruktur zu verbessern, drastisch einschränkte. Wenn der „Führer“ es allerdings wünschte, dann erweiterten sich die Möglichkeiten nahezu ins Unbegrenzte. Die Konsequenz daraus konnte für einen findigen und loyalen Oberbürgermeister nur lauten, sich politisch einflussreiche Verbündete zu suchen. Mayr tat dies mit Geschick, Glück und Erfolg – und wurde mit fortschreitender Dauer der NS-Herrschaft zum Getriebenen dieser Partner. Längerfristig blieb das ebenfalls in der NS-Herrschaft angelegte Machtgefälle zwischen einer Stadtverwaltung und Akteuren wie Wehrmacht, DAF oder Rüstungskonzernen nicht ohne Wirkung. Es ist kein Zufall, dass sich die besonderen Konturen und Konsequenzen der nationalsozialistischen Strukturpolitik erst im Krieg am schärfsten abzeichneten. Krieg gehört zum irreduziblen Kern des Nationalsozialismus. Im Krieg, so formulierte der Potsdamer Militärhistoriker Bernhard Kroener, fand der Nationalsozialismus zu seinem eigentlichen „Aggregatzustand“⁵⁶⁰. Daher war es nicht tragisch, wie Mayr wohl empfinden mochte, sondern folgerichtig, dass alle Anstrengungen zum Aufbau und zur Förderung der Gauhauptstadt letztlich dem destruktiven Kurs des Reiches zum Opfer fielen.

⁵⁵⁷ Vgl. das dichte Material dazu in StdAA 42/28–31.

⁵⁵⁸ StdAA 32/147, Hans Vogt [stellvertretender Leiter der Stadtwerke] an Mayr, 11. 3. 1944.

⁵⁵⁹ Vgl. Prollius, Wirtschaftssystem, S. 221 u. 325. In die gleiche Richtung weist Michael Rucks Charakterisierung des zentralistischen Umbaus der Verwaltung als „Führerzentralismus sui generis“; Ruck, Zentralismus und Regionalgewalten, S. 103; Hervorhebung im Original.

⁵⁶⁰ Diskussionsbeitrag Kroeners auf der gemeinsamen Tagung des Hamburger Instituts für Sozialforschung und des Instituts für Zeitgeschichte vom 16.–18. März 2004 über „Verbrechen der Wehrmacht. Eine Bilanz“; *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24. 3. 2004.